



Die Wirtschaft fürchtet sich vor einem zweiten Zollhammer

Nächste Woche reist Bundespräsident Guy Parmelin für Verhandlungen nach Washington

JÜRIG MEIER

Die Uhr tickt unerbittlich: Am 24. Juli laufen die derzeit geltenden Zölle der USA auf eine Reihe von Schweizer Gütern aus. Was danach kommt, wollen die Schweiz und die USA eigentlich in einem gemeinsamen Abkommen festlegen. Die Schweiz will unbedingt an der im vergangenen Herbst vereinbarten Zoll-Obergrenze von 15 Prozent festhalten. Doch ein Abschluss lässt auf sich warten.

Nächste Woche könnte nun Bewegung in die Sache kommen. Wirtschaftsminister Guy Parmelin reist am kommenden Montag nach Washington. Dort trifft er sich mit Trumps Handelsbeauftragtem Jamieson Greer. Thema sind auch die Zölle, wie das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung bestätigt.

Gemischte Gefühle

Noch sind eine Reihe von Fragen offen: Eine davon ist, ob es die Schweiz tatsächlich schaffen wird, ein rechtlich verbindliches Abkommen abzuschliessen, wie der «Tages-Anzeiger» schreibt. Es könnte auch nur eine Absichtserklärung resultieren. Die Wirtschaft sieht diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen. Eine Absichtserklärung ist aus politischer Sicht der einfachere Weg. Sie muss nicht durchs Parlament, weil sie rechtlich nicht bindend ist. Zudem droht kein Referendum. Dennoch sähen Teile der Wirtschaft lieber einen verbindlichen Vertrag. Ein solcher sei ein Vorteil für Schweizer Unternehmen, sagt Stefan Brupbacher, Direktor des Industrieverbands Swissmem. Ähnlich sieht es Yves Bugmann, Präsident des Verbands der Schweizerischen Uhrenindustrie. Ein rechtsverbindliches Abkommen würde «ein Mindestmass an Sicherheit schaffen». Ein Sprecher des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung sagt auf Anfrage, der Bundesrat sei weiterhin bestrebt, ein rechtsverbindliches Abkommen mit den USA abzuschliessen.

Die Wirtschaftsvertreter sind sich

allerdings in einem Punkt einig: Kein Vertrag bietet in der gegenwärtigen US-Politik eine Garantie gegen politische Kehrtwenden. «Wir müssen uns bewusst sein: Absolute Rechtssicherheit gibt es unter der derzeitigen US-Administration ohnehin nicht», sagt Rahul Sahgal, Chef der Handelskammer Schweiz-USA.

Die einzige Sicherheit, die die Schweiz laut Sahgal hat, besteht darin, ihre eigenen Zusagen aus dem sogenannten Joint Statement vom November 2025 konsequent umzusetzen. Dazu gehören etwa Vereinfachungen für amerikanische Agrargüter sowie Investitionen von Schweizer Firmen in den USA. «Wir brauchen deshalb nicht zwingend ein formelles Handelsabkommen, sondern vor allem Klarheit und eine Zusage der Amerikaner, dass wir bei den vereinbarten Zöllen von maximal 15 Prozent bleiben», sagt Sahgal.

Höhere Zölle dagegen wären für die Schweizer Wirtschaft ein schwerer Schlag. Die Industrie kämpfe bereits heute mit grossen Problemen, darunter dem starken Franken, sagt Stefan Brupbacher. Neue und vor allem höhere Zölle würden die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Industrie belasten. Auch bei anderen Wirtschaftszweigen sind die Sorgen gross. «Zusätzliche Zölle würden die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Schweizer Industrien Chemie, Pharma und Life Sciences schwächen», sagt eine Sprecherin des Verbandes Scienceindustries. Deshalb sei es wichtig, rasch zu einer verlässlichen und möglichst stabilen Lösung zu gelangen.

Ein Alarmsignal

Die Sorge der Wirtschaftsvertreter gilt inzwischen längst nicht mehr nur der unberechenbaren Stimmung in den USA, sondern zunehmend auch jener im Inland. Im «Tages-Anzeiger» bezeichnet der SP-Aussenpolitiker Fabian Molina den Verzicht auf ein rechtsverbindliches Abkommen als «völlig inakzeptabel» und spricht von einer Entmachtung des Parlaments.

Ein Alarmsignal ist für den Swissmem-Direktor Stefan Brupbacher in diesem Zusammenhang auch die kürzliche Ablehnung des Mercosur-Abkommens – des geplanten Freihandelsvertrags mit den südamerikanischen Staaten – im Nationalrat. Das Nein des Erstrats zu diesem Vertrag zeigt für ihn, dass vielerorts in Gesellschaft und Politik das Bewusstsein für die Probleme der Exportwirtschaft fehlt.

Laut Brupbacher herrscht in Bern vereinzelt die Annahme, die heimische Industrie habe die früheren US-Zölle von 39 Prozent gut überstanden. Dies sei jedoch ein Trugschluss. Die negativen Folgen jener Phase seien in den Betrieben bis heute spürbar. «Mir fehlt in Teilen von Behörden und Parlament das Bewusstsein für die Dringlichkeit der Situation», sagt er. Die USA bleiben ein entscheidender Markt für die Schweizer Industrie. Neue Zölle würden sie und damit die gesamte Wirtschaft massiv belasten.

Schützenhilfe erhält er aus der Uhrenindustrie, für die der amerikanische Markt fast 20 Prozent der Exporte ausmacht. «Mir fehlt bei manchen Politikern die Sensibilität für die Bedeutung des US-Marktes und für die schwierige Situation, in der die Wirtschaft wegen der Zölle steckt», sagt der Verbandspräsident Bugmann. Am Schluss gehe es nicht um einzelne Branchen, sondern um Arbeitsplätze und den Wohlstand des Landes. «Das muss allen Entscheidungsträgern bewusst sein – ungeachtet ihrer politischen Überzeugung», sagt Bugmann.



Stefan Brupbacher
Direktor
von Swissmem